

# Wähler und Parteien bei der Bundestagswahl 2017: Eine Analyse des Entscheidungsverhaltens auf Basis von Paneldaten der German Longitudinal Election Study

von Rüdiger Schmitt-Beck

*Der Beitrag versucht eine Momentaufnahme des deutschen Wählerverhaltens in einer Zeit hoher Wechselhaftigkeit. In langfristiger (von 2013 bis 2017) und kurzfristiger Perspektive (im Verlauf des Wahlkampfes 2017) betrachtet er Stabilität und Wandel der Parteipräferenzen. Gestützt auf ein umfassendes Modell des Wählerverhaltens werden die Hintergründe der Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2017 für alle im Bundestag vertretenen Parteien untersucht. Die Analysen zeigen, dass sich hinter der seit 2009 stark gewachsenen elektoralen Brutto-Volatilität eine weitaus umfangreichere Netto-Volatilität verbirgt. Zusammen genommen signalisieren die Analysen eine zunehmend komplexe Strukturierung des Parteienwettbewerbs auf der Ebene des Wählerverhaltens. An den Hintergründen der Wahlentscheidungen für die Kleinparteien lässt sich eine zweidimensionale Grundstruktur politischen Konflikts ablesen, welche jeweils zwei Ausprägungen linker und rechter Politik voneinander differenziert: sozio-ökonomisch (Linke versus FDP) und gesellschaftspolitisch (Grüne versus AfD).*

*The article offers a snapshot of German electoral behaviour at a time of high fluctuation. In long-term (2013 to 2017) and short-term perspective (during the 2017 election campaign) it explores stability and change of party preferences. Based on a comprehensive model of electoral choice it investigates backgrounds of support for all parties elected into parliament at the 2017 Federal Election. Analyses show, that beneath the surface of gross volatility, which has increased since 2009, there is a much larger net volatility. Overall, analyses suggest an increasingly complex structuration of party conflict at the level of voters' choices. The backgrounds of choices for the small parties indicate a two-dimensional structuration of political conflict that differentiates two versions of leftist and rightist politics from one another: socio-economic (The Left versus FDP) and*

*concerning social issues (Greens vs. AfD).*

## I. Einleitung<sup>1</sup>

Der Urnengang vom 24. September 2017 wird als historische Wahl in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Er markiert einen Wendepunkt in ihrer Wahlgeschichte, denn noch nie zuvor sind die Parteien an der Aufgabe gescheitert, nach der Wahl einigermaßen zügig eine neue Bundesregierung zu bilden. Der Versuch, erstmals auf Bundesebene eine Koalition aus drei Parteien zu schmieden, misslang nach Wochen zäher Verhandlungen. Ob im zweiten Anlauf und in anderer Parteienkonstellation – den Partnern in der bisherigen Großen Koalition – eine Einigung gelingen wird, ist kaum prognostizierbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Wähler wenige Monate nach der Bundestagswahl erneut an die Urnen gerufen werden, erscheint keineswegs gering. Ursache der Schwierigkeiten, eine handlungsfähige parlamentarische Mehrheit zu finden, ist die wachsende Fragmentierung des Parteiensystems. Im 19. Deutschen Bundestag sind zum ersten Mal seit 60 Jahren wieder sechs Fraktionen vertreten. Dazu haben vor allem der Erfolg der rechtspopulistischen AfD beigetragen, die erstmals in den Bundestag gewählt wurde und gleich die drittstärkste Fraktion bilden konnte, aber auch der Wiedereinzug der FDP, die vier Jahre zuvor an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, diesmal aber wieder ein ansehnliches Wahlergebnis erzielen konnte.

Hinter diesen Prozessen stehen Veränderungen des Wählerverhaltens. Die Wähler scheinen wankelmütiger geworden zu sein, das Ausmaß wechselhaften Stimmverhaltens hat im letzten Jahrzehnt stark zugenommen. Der vorliegende Beitrag kann nicht anstreben, diese langfristigen Prozesse zu erklären. Stattdessen geht es um eine Momentaufnahme und einen Blick unter die Oberfläche der Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2017. Wohin gingen die Parteiewähler von 2013 und woher kamen die Wähler der verschiedenen Parteien bei der Bundestagswahl 2017? Wie haben sich die Entscheidungen dieser Wähler während des Wahlkampfes ausgebildet? Und welche Faktoren fielen bei diesen Wahlentscheidungen ins Gewicht? Das sind die Fragen, die der Beitrag beantworten möchte. Gestützt auf eine vor und nach der Bundestagswahl 2017 durchgeführte Wiederholungsbefragung einer repräsentativen Stichprobe wahlberechtigter Bürger, untersucht er zunächst Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens in langfristiger Perspektive – von der Bundestagswahl 2013 zur Folgewahl 2017

1 Ich danke Alexander Staudt für seine Unterstützung bei den Datenanalysen.

– und in kurzfristiger Perspektive – mit Blick auf die Entwicklung der Parteipräferenzen in den zwei Monaten vor der Bundestagswahl. Gestützt auf ein umfassendes Modell des Wählerverhaltens untersucht er sodann die Hintergründe der Wahlentscheidungen für alle im Bundestag vertretenen Parteien.

## II. Datenbasis

Grundlage der Untersuchung ist eine Umfrage, die anlässlich der Bundestagswahl 2017 im Rahmen der *German Longitudinal Election Study (GLES)* durchgeführt worden ist.<sup>2</sup> Es handelt sich um eine telefonische Vor- und Nachwahl-Wiederholungsbefragung einer repräsentativen Zufallsstichprobe wahlberechtigter Bürger. Eine Besonderheit dieser Umfrage besteht darin, dass die Vorwahlwelle als *Rolling Cross-Section-* bzw. *RCS*-Umfrage durchgeführt wurde. Erhebungszeitraum war der gesamte Wahlkampf zur Bundestagswahl, und die Befragung wurde so über diesen Zeitraum gespreizt, dass jeden Tag ungefähr gleich viele Interviews durchgeführt wurden und nicht nur alle Befragten zusammen, sondern auch die Befragten jedes einzelnen Tages jeweils in sich Zufallsstichproben der Grundgesamtheit aller wahlberechtigten Bürger konstituierten. Das ermöglicht die genaue Analyse dynamischer Prozesse der Entscheidungsbildung während des Wahlkampfes.<sup>3</sup> Die Vorwahlbefragung startete am 24. Juli 2017 und endete am Samstag vor der Bundestagswahl, d. h. am 23. September 2017. Die Wiederholungsbefragung wurde sofort nach der Bundestagswahl durchgeführt. Die Fallzahlen belaufen sich auf  $N = 7.650$  in der *RCS*-Vorwahlbefragung (im Schnitt rund 123 Interviews pro Tag über 62 Tage) sowie  $N = 4.244$  in der Nachwahlbefragung.

2 Röpke, S./Schoen, H./Schmitt-Beck, R. u. a.: *Rolling Cross-Section*-Wahlkampfstudie mit Nachwahl-Panelwelle (GLES 2017), GESIS Datenarchiv, Köln: ZA6803 Datenfile Version 1.0.0 (doi: 10.4232/1.12941). Das GLES-Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert und analysiert als deutsche nationale Wahlstudie mittels eines integrierten Forschungsprogramms die drei Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017. Alle Daten, die im Rahmen des GLES-Projektes erhoben werden, sind für Analysen frei verfügbar (<http://www.gesis.org/gles>). Nach Auslaufen des DFG-finanzierten GLES-Projektes wird die Studie von GESIS fortgeführt. Allgemein zum GLES-Projekt siehe Schmitt-Beck, R./Röttinger, H./Röpke, S. u. a.: *Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES)*, in: Faulbaum, F./Wolf, C. (Hg.): *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, 2010, 141-172.

3 Vgl. Johnston, R./Brady, H.: *The rolling cross-section design*, in: *Electoral Studies*, 21/2 (2002), 283-295; Schmitt-Beck, R./Faas, T./Holst, C.: *Der Rolling Cross-Section Survey – ein Instrument zur Analyse dynamischer Prozesse der Einstellungsentwicklung*. Bericht zur ersten deutschen RCS-Studie anlässlich der Bundestagswahl 2005, in: *ZUMA-Nachrichten* 58 (2006), 13-49.

### III. Stabilität und Volatilität des Wählerverhaltens zwischen 2013 und 2017

Während des vergangenen Jahrzehnts hat sich die Wechselneigung der deutschen Wähler stark erhöht. Bei der Bundestagswahl 2009 kam es zu einer sprunghaften Zunahme der Verschiebungen der Parteianteile. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik überstieg der *Pedersen*-Index der aggregierten elektoralen Volatilität<sup>4</sup> die Zehn-Prozent-Marke, die er nicht einmal in den vergleichsweise turbulenten Anfangsjahren der Bundesrepublik erreicht hatte. 2013 war die Volatilität noch höher<sup>5</sup> und bei der Bundestagswahl 2017 erreichte sie mit 15,0 einen neuen Höchstwert. Bei keiner Bundestagswahl zuvor haben sich die Stimmenanteile der Parteien derart stark verschoben. Doch hinter diesem Aggregatwert verbergen sich noch weit umfangreichere Bewegungen in der Wählerschaft. Diese haben sich jedoch nicht im vollen Umfang im Wahlergebnis niedergeschlagen, weil sie zu einem erheblichen Teil aus gegenläufigen Bewegungen bestanden, die sich im Aggregat ausglichen.

Umfragedaten eröffnen jedoch die Möglichkeit, dem tatsächlichen Ausmaß des Parteiwechsels auf die Spur zu kommen, und zwar durch den Abgleich aktueller, von Befragungspersonen bei einer Nachwahlbefragung zu Protokoll gegebenen Wahlentscheidungen mit den rückerinnerten Angaben derselben Personen über ihre Entscheidungen bei der Vorwahl (sog. *Recall*-Frage). Dieses Verfahren ergibt für die Bundestagswahl einen Anteil der Parteiwechsler von satten 35 %.<sup>6</sup> Über ein Drittel derjenigen Wähler, die sowohl 2013 als auch 2017 den Weg zur Urne fanden, hat sich demnach bei der letzten Bundestagswahl für eine andere Partei entschieden als bei der Vorwahl. Unter Einschluss der Nichtwähler zeigt Tab. 1, wie die Wanderungsbewegungen zwischen diesen beiden Wahlen verlaufen sind. Hierbei werden zwei komplementäre Betrachtungsperspektiven angelegt. Der obere Teil der Tabelle beantwortet die Frage, wie sich die Parteidarbietende des Jahres 2013 bei der Folgewahl entschieden haben, der untere Teil zeigt hingegen, woher die Parteidarbietende des Jahres 2017 gekommen sind.

- 4 *Pedersen, M. N.: The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility*, in: *European Journal of Political Research* 7 (1979), 1–26.
- 5 *Schmitt-Beck, R./Rattinger, H./Röfleutscher, S. u. a.: Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden, 2014, 114.
- 6 In der Tendenz unterschätzt diese Methode sogar das wahre Ausmaß des Parteiwechsels, weil Befragungspersonen dazu neigen, ihre Erinnerung an ihre aktuellen Präferenzen anzupassen. Ein alternatives Instrument für eine solche Analyse sind langfristige Paneldaten, die mehrere Bundestagswahlen einschließen. Im Rahmen des GLES-Projektes werden solche Daten erhoben, für die Bundestagswahl 2017 stehen diese jedoch noch nicht zur Verfügung. Allerdings ist wegen der unvermeidlichen Panelmortalität auch die Panelmethode nicht verzerrungsfrei; vgl. *Schoen, H.: Wählerwandel und Wechselwahl*, Wiesbaden, 2003, 87–106.

*Tabelle 1:* Wahlentscheidungen und interelektorale Volatilität bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (in Prozent)

<i>Wahlentscheidung 2013</i>	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
<i>Wahlentscheidung 2017</i>						
CDU/CSU	65,8	6,2	17,9	3,4	1,8	0,0
SPD	5,3	62,6	3,7	12,8	10,3	0,0
FDP	14,1	5,9	63,0	4,3	2,2	3,9
Grüne	3,2	10,0	2,5	57,9	3,1	0,0
Linke	1,8	10,5	4,9	13,1	65,5	0,0
AfD	6,5	3,3	6,2	1,8	10,3	92,2
Sonstige	1,4	0,7	0,6	5,2	3,6	3,9
Nichtwahl	2,0	0,9	1,2	1,5	0,0	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Volatilität</i>						
Gesamt	32,3	36,6	35,8	40,6	31,3	7,8
Intra-block	20,6	20,5	24,1	25,9	13,4	3,9
Inter-block	10,3	15,4	11,1	9,5	14,3	0,0
(N)	(1.279)	(884)	(162)	(328)	(223)	(51)
<i>Wahlentscheidung 2017</i>	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
<i>Wahlentscheidung 2013</i>						
CDU/CSU	84,1	9,1	47,4	11,1	6,9	31,4
SPD	5,5	74,0	13,7	23,9	27,8	11,0
FDP	2,9	0,8	26,8	1,1	2,4	3,8
Grüne	1,1	5,6	3,7	51,6	12,8	2,3
Linke	0,4	3,1	1,3	1,9	43,6	8,7
AfD	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	17,8
Sonstige	0,0	0,1	1,6	1,1	0,9	9,5
Nichtwahl	3,3	5,0	3,4	5,2	4,2	13,3
Nicht wahlberechtigt	2,7	2,3	1,6	4,1	1,5	2,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Volatilität</i>						
Gesamt	9,9	18,7	68,2	39,1	50,7	66,6
Intra-block	2,9	8,7	47,9	25,8	40,6	35,2
Inter-block	7,0	9,9	18,7	12,2	9,3	22,0
(N)	(1.000)	(747)	(380)	(368)	(335)	(264)

Anmerkung: Daten sind gewichtet (Design- und Bildungsgewicht).

Dieser Analyse zufolge hat keine der Parteien mehr als zwei Drittel ihrer Wähler von 2013 auch 2017 an sich binden können – mit einer Ausnahme: der AfD. Nahezu alle Wähler, welche der AfD bei der Bundestagswahl 2013 zu einem Stimmenanteil hart an der Fünf-Prozent-Marke verholfen hatten, sind der Partei demnach auch bei der jüngsten Bundestagswahl treu geblieben. Um ihren Stimmenanteil 2017 fast zu verdreifachen, bedurfte die AfD jedoch eines erheblichen Zustroms von früheren Wählern anderer Parteien. Ehemalige Unionswähler machen in der AfD-Wählerschaft von 2017 einen größeren Anteil aus als die Zahl derjenigen Wähler, die schon bei der Wahl 2013 für diese Partei gestimmt hatten. Das darf jedoch nicht zu dem Schluss verleiten, dass die Union auch am anfälligsten für Abwanderungen zur AfD gewesen sei. Wie der obere Teil der Tab. 1 zeigt, hat die Linke einen deutlich größeren Anteil ihrer früheren Wähler

an die AfD abgegeben. Das frühere Unionswähler besonders zahlreich in den Reihen der Unterstützer der AfD zu finden sind, reflektiert lediglich die Größe der CDU/CSU-Wählerschaft von 2013; schon relativ geringe Abwanderungen schlügen sich deswegen in großen absolut Zuwachsen bei der AfD nieder. Obwohl die Wechselbereitschaft zur AfD bei den SPD-Wählern deutlich geringer war, haben – ebenfalls wegen der Größe des angezapften „Reservoirs“ – auch Wechsel von den Sozialdemokraten die AfD deutlich gestärkt. Zum guten Abschneiden der AfD haben zudem auch frühere Wähler einer nicht dem Bundestag angehörenden Kleinpartei sowie ehemalige Nichtwähler beigetragen.

Deutlich mehr Wähler als an die AfD verlor die Union an die FDP. Als Konsequenz besteht die Wählerschaft der wiedererstarkten Liberalen des Jahres 2017 fast zur Hälfte aus früheren Unterstützern der CDU/CSU. Deren Anteil ist erheblich größer als der Anteil derjenigen, welche die FDP bei beiden Urnengängen unterstützten. Allerdings gab es in nicht ganz so großem Umfang auch Wanderungsbewegungen in die Gegenrichtung, von der FDP zur Union. In diesen Mustern wechselseitigen Wähleraustauschs findet die von früheren Bundestagswahlen her bekannte Konstellation enger, gleichsam „nachbarschaftlicher“ Beziehungen zwischen Union und FDP ihren Ausdruck. Dieselbe Art von Nachbarschaftsrelation kennzeichnet seit Langem auch das Verhältnis zwischen der SPD und den Grünen. Auch zwischen diesen Parteien gab es infolgedessen erhebliche Wanderungsbewegungen in beiden Richtungen. Von früheren Wählern der Sozialdemokraten und der Grünen profitierte 2017 aber auch die Linke. Die SPD hat etwa ein Fünftel ihrer Wählerschaft von 2013 an diese beiden Parteien verloren, und zwar zu etwa gleichen Teilen. Umgekehrt gab die Linke zwar auch Wähler an die SPD ab, jedoch kaum an die Grünen.

Die Forschung zum Parteienwechsel in Mehrparteiensystemen hat die wichtige Unterscheidung zwischen Intra- und Interblock-Volatilität entwickelt. Sie hat gezeigt, dass sich Wählerwanderungen zumeist auf Parteiwechsel innerhalb desselben ideologischen Spektrums beschränken. Offenbar fallen Umzüge in der (ideologischen) Nachbarschaft leichter als solche in andere (ideologische) Miliens.<sup>7</sup> Die erwähnten Muster einseitiger oder sogar wechselseitiger Wählerbewegungen signalisieren, dass diese Regelmäßigkeit auch bei Bundestagswahlen eine Rolle spielt. Um dieses Phänomen genauer zu beleuchten, enthält *Tab. 1*

<sup>7</sup> Vgl. *Bartolini, S./Mair, P.*: Identity, competition and electoral availability: the stabilisation of European electorates 1885-1985, Cambridge, 1990; *Van der Meer, T./Lubbe, R./Van Elsas, E. et al.*: Bounded volatility in the Dutch electoral battlefield: A panel study on the structure of changing vote intentions in the Netherlands during 2006-2010, in: *Acta Politica* 47/4 (2012), 333-355.

neben den detaillierten Informationen zu den vielfältigen Formen des Parteiwechsels zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017 auch zusammenfassende Angaben zur Gesamt-, Intra- und Interblock-Volatilität. Bei der Berechnung letzterer wurden die „sonstigen“ Parteien ebenso ausgeklammert wie die Nichtwahl. Dem linken Block wurden SPD, Grüne und Linke zugerechnet, dem rechten Block CDU/CSU, FDP und AfD.<sup>8</sup>

Die Analyse ergibt ein nuanciertes Bild. Geht man vom Wählerverhalten 2013 als Bezugspunkt aus, überwiegt in der Tat die Intra- gegenüber der Interblock-Volatilität bei allen Parteien mit Ausnahme der AfD. Besonders markant zeigt sich das erwartete Muster bei den seinerzeitigen Wählern der FDP und der Grünen. Dasselbe Bild ergibt sich, wenn man die Herkunft der Grün- bzw. FDP-Wähler von 2017 betrachtet. Bei den großen Parteien wird das erwartete Muster nicht mit derselben Eindeutigkeit erkennbar. Mit Bezug auf die Unions- und SPD-Wähler des Jahres 2013 ist es vorhanden, aber weniger ausgeprägt. Mit Blick auf 2017 zeigt es sich hingegen nicht. Beides hat damit zu tun, dass sich eine nicht unbedeutende Zahl von Wählern dieser Parteien nicht innerhalb des selben ideologischen Lagers, sondern zentristisch bewegt hat – von Mitte-rechts nach Mitte-links oder umgekehrt. Die Union hat etwa 5 % ihrer früheren Wähler an die Sozialdemokraten abgegeben, und einen ähnlichen Anteil früherer SPD-Wähler zog es in die Gegenrichtung. Bei den Wählern der Linken von 2013 findet sich das erwartete Muster ebenfalls nicht; Intra- und Interblock-Volatilität traten bei dieser Partei ähnlich häufig auf. Dafür sind die bereits erwähnten Übertritte zur AfD verantwortlich.

Diese Befunde legen den Schluss nahe, dass das Grundprinzip in der Tat gilt, selbst unter Bedingungen rapide erhöhter Wechselbereitschaft in der Wählerschaft: Wählerwanderungen sind innerhalb der ideologischen Lager wahrscheinlicher als zwischen den Lagern. Allerdings scheinen auch andere Faktoren für Parteiwechsel relevant zu sein, welche dieses einfache Grundprinzip durchbrechen. Neben einer zentristischen Wählerorientierung, welche Austauschbeziehungen zwischen Union und SPD befördert, dürfte dazu auch eine populistische Orientierung zählen. Sie begünstigt direkte Austauschbeziehungen zwischen

<sup>8</sup> Zur ideologischen Lokalisierung der etablierten Parteien siehe z. B. Neundorf, A.: Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologische Einstellungen und Wahlverhalten im vereinten Deutschland 1990 bis 2008, in: Schmitt-Beck, R. (Hg.): Wählen in Deutschland. PVS Sonderheft 45, Baden-Baden, 2012, 227-250; zur Positionierung der AfD siehe z. B. Lehmann, P./Matthieß, T.: Nation und Tradition. Wie die Alternative für Deutschland nach rechts rückt, in: WZB Mitteilungen 156 (2017), 21–24.

populistischen Parteien der Rechten und der Linken.<sup>9</sup> Die oben berichteten Detailbefunde für die Parteien des linken Spektrums deuten zudem darauf hin, dass bei Parteiwechseln neben der ideologischen Nachbarschaft auch die Koalitions tauglichkeit in Betracht gezogen wird, die ja bei der Linken umstritten ist.

#### **IV. Zur Dynamik der Wahlentscheidungen im Wahlkampf 2017**

Die Festlegungen der Wähler auf die Parteien, die sie bei einer Wahl mit ihrer Stimme unterstützen, bilden den Abschluss mehr oder minder langwieriger Prozesse der Entscheidungsfindung. Ihnen voraus gehen häufig Phasen der Unentschlossenheit oder des Schwankens zwischen verschiedenen Parteien.<sup>10</sup> Im nachfolgenden Abschnitt wird vom Ergebnis dieses Prozesses – der Sortierung der Wähler nach den von ihnen gewählten Parteien – her untersucht, wie sich die bei der Bundestagswahl 2017 getroffenen Entscheidungen während des Wahlkampfes auskristallisiert haben. Aufgrund ihres besonderen Designs bietet die hier ausgewertete Umfrage für einen solchen tieferen Einblick in die Präferenzbildung der Wähler vorzügliche Voraussetzungen. Sie erlaubt es, ausgehend von den in der Nachwahlwelle ermittelten Wahlentscheidungen der Befragten gleichsam in der Zeit zurückzugehen und nachzuvollziehen, wie sich die Präferenzen der späteren Wähler bestimmter Parteien im Verlauf des Wahlkampfes entwickelt haben. Insbesondere wird dadurch deutlich, wann sie sich für die letztendlich gewählte Partei entschieden haben und ob diese Festlegungen am Ende einer Periode der Unschlüssigkeit standen oder ob zuvor andere Parteien in Erwägung gezogen worden sind. Hierfür muss die Wahlkampfphase analytisch in aufeinanderfolgende Teilperioden aufgeteilt werden. Konkret bedeutet dies, dass die Teilstichprobe derjenigen Befragungspersonen, für die gültige Antworten sowohl aus der Vorwahl- als auch der Nachwahl-Panelwelle vorliegen, anhand des Befragungszeitpunkts in der Vorwahlwelle in zeitlich aufeinander folgende Segmente zerlegt wird. Die dadurch erzeugte Datenstruktur entspricht einer gestaffelten Sequenz sukzessiver, statistisch voneinander unabhängiger und dadurch direkt miteinander vergleichbarer Panelstudien. Bezogen auf verschiedene Phasen des Wahlkampfes verbindet jede dieser Quasi-Teilstudien Vorwahl- mit

9 Zu populistischen Zügen der Linken siehe *Holtmann, E./Krappidel, A./Rehse, S.: Die Drogen Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils*, Wiesbaden, 2006.

10 Vgl. *Lazarsfeld, P./Berelson, B./Gaudet, H.: The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*, New York, 1968<sup>3</sup>; *Erikson, R./Wlezien, C.: The Timeline of Presidential Elections*, Chicago, 2012; *Ehrhardt, K.: Die unentschlossenen Wähler als Motorzyklischer Wahlabsichtsverläufe*, in: Dörner, C./Ehrhardt, K. (Hg.): *Politische Meinungsbildung und Wahlverhalten*, Wiesbaden, 1998, 15-118.

Nachwahlerhebungen jeweils repräsentativer Stichproben aus derselben Grundgesamtheit aller Wahlberechtigten.

Frühere Analysen von Kampagnenverläufen bei Bundestagswahlen deuten darauf hin, dass die Wähler erst in den letzten drei bis vier Wochen vor dem Wahltermin verstärkt auf die sich intensivierende Wahlkampfkommunikation reagieren.<sup>11</sup> Möglicherweise spielen dabei die seit Langem zum Standard solcher Wahlkämpfe gehörenden, in der Bevölkerung breit rezipierten „Fernsehduelle“ der Kanzlerkandidaten von CDU/CSU und SPD eine wichtige Rolle als Katalysator größerer Aufmerksamkeit für das Kampagnengeschehen. Auch die in der Endphase erhöhte Sichtbarkeit des Wahlkampfes durch Straßenplakate und Parteienwerbung in den Massenmedien sowie die Zunahme der Wahlberichterstattung dürften hierfür relevant sein. Es bietet sich daher an, eine Segmentierung mit Bezug auf das TV-Duell vorzunehmen. Daraus resultiert die finale Periode III, die vom Tag nach dem TV-Duell (dem 4. September) bis zum Vortag der Bundestagswahl (dem 23. September) reicht und somit die sogenannte „heiße“ Phase des Wahlkampfes abdeckt. Der Zeitraum vorher wird nach formalen Kriterien so unterteilt, dass sich zwei ungefähr gleich lange und mit ähnlich großen Fallzahlen bestückte Teilstichproben ergeben. Die resultierende Periode I reicht vom 24. Juli bis 13. August und zeigt die Situation in der Frühphase des Wahlkampfes; Periode II reicht vom 14. August bis zum Tag des TV-Duells am 3. September und bildet die Übergangsphase im Vorfeld des „heißen“ Wahlkampfes ab.

*Tab. 2* zeigt, dass es bei den Wählern sämtlicher Parteien auch kurz vor der Bundestagswahl noch ein gehöriges Maß an Unsicherheit gegeben hat – bei großen Unterschieden zwischen den Parteien. Am wenigsten ausgeprägt war die Unschlüssigkeit bei den Wählern der CDU/CSU; über 80 % dieser Personen waren in der „heißen“ Wahlkampfphase bereits endgültig auf die Union festgelegt. Den größtmöglichen Kontrast bildeten die späteren FDP-Wähler; von ihnen hatte sich im selben Zeitraum nur etwa die Hälfte bereits endgültig für die Liberalen entschieden. Höher, aber mit gut 60 % immer noch vergleichsweise gering, waren die analogen Anteile auch bei den späteren Grünen- und AfD-Wählern. Für SPD und Linke lagen die entsprechenden Anteile in der Größenordnung von 70 %.

11 Vgl. Rattinger, H./Roßteutscher, S./Schmitt-Beck, R., u.a.: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, Baden-Baden, 2011, 33–57; Schmitt-Beck, R./Rattinger, H./Roßteutscher, S. u. a., a.a.O., 73–88.

**Tabelle 2:** Entwicklung der Wahlentscheidungen im Bundestagswahlkampf 2017  
(in Prozent)

Gewählte Partei Wahlkampfphase	I	CDU/CSU II	CDU/CSU III	I	SPD II	SPD III	I	FDP II	FDP III
<i>Wahlabsicht</i>									
CDU/CSU	69,9	73,9*	81,3[***]	8,3	4,9	3,4[*]	22,8	24,6	23,1
SPD	5,3	2,9	2,0[*]	64,0	61,7**	73,4[*]	7,9	5,4	5,2
FDP	5,0	5,0	4,3	1,3	0,4	0,0[*]	36,2	39,2[**]	52,2[**]
Grüne	2,4+	0,6	0,9	4,4	3,3	3,7	0,8	0,8	0,0
Linke	0,0	0,6	0,0	2,2	2,1	2,4	0,0	0,8	2,2[+]
AfD	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0+	1,3[+]	0,0+	2,3+	0,0
Sonstige	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0*	2,4[*]	1,6	1,5	0,0
Unentschieden	17,1	15,5	11,5[*]	18,0*	27,2***	13,5	26,8	24,6	17,2[+]
Nichtwahl möglich oder sicher	0,0+	0,9+	0,0	1,8	0,4	0,0[*]	3,9+	0,8	0,0[*]
Gesamt (N)	100,0 (339)	100,0 (341)	100,0 (348)	100,0 (228)	100,0 (243)	100,0 (297)	100,0 (127)	100,0 (130)	100,0 (134)
<i>Wahlabsicht</i>									
CDU/CSU	3,0*	11,9	6,3	9,0	4,1	2,2[*]	6,9	8,0	4,5
SPD	9,9	7,4	10,5	6,0*	15,6***	3,0	1,0	3,0	7,9[*]
FDP	0,0	0,0	1,4	1,0	1,6	0,7	6,9	8,0	3,4
Grüne	51,5	58,5	62,2[+]	5,0	4,9	3,7	0,0	0,0	0,0
Linke	2,0	0,7	2,1	45,0	47,5***	70,1[***]	2,9	1,0	3,4
AfD	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	1,5	49,0	52,0	61,8[+]
Sonstige	0,0	0,0	0,7	1,0	0,8	0,7	2,0	1,0	3,4
Unentschieden	32,7+	21,5	16,8[**]	25,0	25,4	17,2	28,4	23,0	15,7[*]
Nichtwahl möglich oder sicher	1,0	0,0	0,0	7,0**	0,0	0,7[**]	2,9	4,0+	0,0
Gesamt (N)	100,0 (101)	100,0 (135)	100,0 (143)	100,0 (100)	100,0 (122)	100,0 (134)	100,0 (102)	100,0 (100)	100,0 (89)

*Anmerkung:* Daten sind gewichtet (Design- und Bildungsgewicht). Wahlkampfphasen: I = 24.07.-13.08., II = 14.08.-03.09., III = 04.-23.09. In Spalte I sind jeweils die Signifikanz der Differenzen zwischen den Werten von Spalten I und II verzeichnet, in Spalte II jeweils analog die Signifikanz der Differenzen zwischen den Werten von Spalten II und III; in Spalte III, in eckigen Klammern, sind die Signifikanz der Differenzen zwischen Spalten I und III ausgewiesen (+ p<0,1, \* p<0,05, \*\* p<0,01, \*\*\* p<0,001).

Am größten war der Sprung nach oben zwischen frühem und finalem Wahlkampf bei den Wählern der Linken; ihre Unterstützung für die später gewählte Partei lag anfänglich bei nur 45 %, steigerte sich aber bis zur „heißen“ Phase auf über 70 %. Die FDP startete mit einem noch geringeren Unterstützeranteil von wenig mehr als einem Drittel ihrer späteren Wähler in den Wahlkampf. Alles in allem hat die FDP am stärksten vom Wahlkampf profitiert. Fast zwei Drittel derjenigen, die ihr am Wahltag ihre Stimme gegeben haben, legten sich erst während des Wahlkampfes auf diese Entscheidung fest, die meisten davon erst unmittelbar vor der Wahl. Sehr bedeutsam war der Wahlkampf aber offenkundig auch für die Linke, gefolgt von Grünen und AfD. Die Unterstützung der AfD durchlief während des Wahlkampfes 2017 eine Dynamik, welche jener der anderen Kleinparteien ähnelte. Das war 2013, als die gerade erst gegründete Partei den Einzug in den Bundestag noch knapp verfehlte, ganz anders gewesen. Damals hatte sich die große Mehrzahl der AfD-Wähler erst unmittelbar vor der

Wahl auf diese Partei festgelegt.<sup>12</sup>

Dass Wähler zwischen dem Wahlkampf und dem Wahltag ihre Parteipräferenz änderten, kam sehr viel seltener vor als Unentschlossenheit während des Wahlkampfes. Die große Ausnahme hiervon bildeten die FDP-Wähler. Von ihnen hatte nahezu jeder vierte während des Wahlkampfes erwogen, für die Union zu stimmen, und zwar unverändert von der frühen bis zur „heißen“ Phase. Erst im letzten Moment entschieden sich diese Wähler dann doch für die Liberalen. Ähnlich intensiv ausgeprägte Ambivalenzen sind bei keiner anderen Partei erkennbar. Zu keinem Zeitpunkt und für keine zwischenzeitlich erwogene Alternativpartei belief sich der in *Tab. 2* ausgewiesene Anteil auf mehr als 10 %. Welche Parteien vor der eigentlichen Entscheidung in Betracht gezogen wurden, entsprach den im letzten Abschnitt diskutierten Mustern elektoraler Volatilität. In größter Deutlichkeit zeigt sich das bei den FDP-Wählern, die vor dem Wahltag erwogen, für die Union zu stimmen. Umgekehrt spielten Unionswähler am ehesten mit dem Gedanken, ihre Stimme den Liberalen zu geben; freilich taten sie das weit seltener. Auf der linken Seite des Spektrums zeigt sich ein analoges Muster vor allem für SPD und Grüne, mit Einschränkungen auch für die Linke. Spätere AfD-Wähler tendierten während des Wahlkampfes – insoweit konsistent mit der Logik der Intrablock-Volatilität – in erster Linie zu Union oder FDP, jedoch galt das Umgekehrte nicht: In den Kalkülen der späteren Wähler dieser beiden Parteien spielte die rechtspopulistische Außenseiterpartei keine Rolle.

## V. Hintergründe der Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2017

Wie haben die Wähler ihre Entscheidungen getroffen? Welche Faktoren waren für die Unterstützung der verschiedenen Parteien von Bedeutung? Der folgende Abschnitt geht diesen Fragen nach. Untersucht wird (mittels binärer logistischer Regressionsmodelle) eine breite Palette möglicher Prädiktoren des Wählerverhaltens in simultaner Perspektive. Für jede der 2017 in den Bundestag gewählten Parteien vergleichen die Modellschätzungen Personen, die für die betreffende Partei gestimmt haben, mit den Unterstützern aller anderen Parteien zusammen. Nichtwähler bleiben dabei unberücksichtigt.

<sup>12</sup> Vgl. Schmitt-Beck, R.: Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: ZParl 45/1 (2014), 94–112.

## 1. Theoretischer Ansatz und Strategie der Analyse

Die Analyse orientiert sich an der wahlsoziologischen Heuristik des „Trichters der Kausalität“.<sup>13</sup> Dieser Sichtweise zufolge sind Wahlentscheidungen durch eine Mischung kurz- und langfristiger Faktoren erklärbar. Bei den langfristigen Faktoren handelt es sich um stabil in der Persönlichkeit verankerte politische Prädispositionen. Als Affinitäten zu bestimmten Parteien können diese das Wählerverhalten direkt beeinflussen, indem sie unmittelbar Entscheidungen für diese Parteien nahelegen. Überdies steuern sie als Wahrnehmungsfilter, wie Personen die politischen Informationen verarbeiten, die aus ihrer Umwelt auf sie einströmen, und finden so auch auf indirekte Weise Ausdruck an den Wahlurnen. Sie sind ein Reflex der Tiefenstruktur soziopolitischer Konfliktlinien (Cleavages) von Gesellschaften: historisch teilweise weit zurückreichender Grundkonflikte, die in Interessengegensätzen zwischen gesellschaftlichen Gruppen wurzeln und in Form der Unterstützung konkurrierender Parteien durch die Mitglieder dieser Gruppen ihren politischen Ausdruck gefunden haben.<sup>14</sup> Für die deutsche Politik waren traditionell die sozioökonomische und die religiös-konfessionelle Konfliktlinien prägend. In jüngerer Zeit wird zunehmend auch die Herausbildung einer neuen Konfliktlinie vermutet, welche durch den Gegensatz zwischen postmaterialistischen, libertären bzw. kosmopolitischen Positionen und materialistischen, autoritären bzw. globalisierungsfeindlichen Positionen definiert ist.<sup>15</sup> Soziopolitische Konfliktlinien können auf verschiedene Weise als individuelle politische Prädispositionen wirksam werden: direkt als *strukturelle Prädispositionen*, die in Gestalt typischer Muster der Unterstützung bestimmter Parteien durch die Mitglieder sozialer Gruppen sichtbar werden oder indirekt über politische Einstellungen in Gestalt *kultureller Prädispositionen*, d. h. ideologischer Identifikationen und soziopolitischer Wertorientierungen, sowie in Gestalt stabiler Bindungen unmittelbar an bestimmte Parteiorganisationen (*Parteiidentifikationen*).<sup>16</sup>

Die kurzfristigen Faktoren der Wahlentscheidung beziehen sich auf die situativen Umstände der jeweils aktuell anstehenden Wahl, reflektieren aber auch die

13 Vgl. Campbell, A./Converse, P./Miller, W. u.a.: *The American Voter*, New York, 1960, 24-32; Miller, W./Shanks, J. M.: *The New American Voter*, Cambridge, 1996, 190-193; Dalton, R.: *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Industries*, Los Angeles, 2014<sup>6</sup>, 183-186.

14 Lipset, S./Rokkan, S.: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Lipset, S./Rokkan, S. (Hg.): *Party Systems and Cleavage Structures: Cross-National Perspectives*, New York, 1967, 1-64.

15 Vgl. Lachat, R.: Value Cleavages, in: Arzheimer, K./Evans, J./Lewis-Beck, M. (Hg.): *The SAGE Handbook of Electoral Behaviour*, London, 2017, 561-583.

16 Vgl. Knutzen, O./Scarborough, E.: Cleavage Politics, in: Van Deth, J. (Hg.): *The Impact of Values*, Oxford, 1995, 492-523, hier 493-495.

wahrnehmungsfärbende Wirkung politischer Prädispositionen. Dazu gehören Wahrnehmungen und Einstellungen der Wähler zu den momentan wichtigen politischen Sachproblemen und Streitfragen sowie zum *politischen Spitzersonal*, das zur Wahl steht. Um die Bedeutung von Sachproblemen und Streitfragen abzuschätzen, muss zwischen *Valenz-* und *positionaler* Perspektive unterschieden werden. Das Konzept der *Positionssissues* bezieht sich auf richtungspolitisch umstrittene Problemfelder, bezüglich derer die Wähler gegensätzliche Präferenzen und die Parteien entsprechend unterschiedliche Politiken im Angebot haben. Werden Wahlentscheidungen auf Basis von *Positionssissues* getroffen, sollten sich die Wähler für diejenige Partei entscheiden, deren Politikangebot sich am stärksten mit ihren eigenen Politikpräferenzen deckt.<sup>17</sup> Entscheidungen, die unter Bezug auf Valenz-Gesichtspunkten getroffen werden, beziehen sich nicht auf richtungspolitische Auseinandersetzungen, sondern auf die Performanz von Parteien als Problemlöser.<sup>18</sup> Dies kann retrospektiv oder prospektiv geschehen. Im ersten Fall werden Regierungsparteien für erbrachte Leistungen durch Wiederwahl belohnt und für nicht erbrachte Leistungen durch Stimmenentzug bestraft. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Wirtschaftslage.<sup>19</sup> Prospektives Wählen bezieht sich auf die wahrgenommene Kompetenz von Parteien, für aktuell wichtige Probleme eine Lösung zu finden.<sup>20</sup>

Die Erweiterung des Parteiensystems um die AfD lässt es ratsam erscheinen, der vorliegenden Analyse ein allgemeineres Verständnis von Valenzpolitik zugrunde zu legen, als es in der Wahlsoziologie üblich ist. Vorliegende Befunde deuten darauf hin, dass die Wahl der AfD durch die von der Wahlforschung typischerweise betrachteten Orientierungen zu Sachproblemen und Streitfragen nicht hinreichend erklärt werden kann. Neben Einstellungen und Wahrnehmungen konkreter Sachprobleme und Streitfragen scheinen hier auch Einstellungen zu allgemeineren Aspekten der repräsentativdemokratischen politischen Ordnung berührt zu sein.<sup>21</sup> Diese lassen sich fassen in Kategorien der Forschung zur Unterstützung demokratischer politischer Systeme, insbesondere der wichtigen Unterscheidung zwischen spezifischer Unterstützung, welche sich in

17 Downs, A.: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen, 1965.

18 Stokes, D.: Valence politics, in: Kavanagh, D. (Hg.): Electoral Politics, Oxford, 1992, 141–164.

19 Lewis-Beck, M./Stegmaier, M.: Economic Models of Voting, in: Dalton, R./Klingemann, H.D. (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford, 2007, 518–537.

20 Klingemann, H.-D.: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: PVS 14 (1973), 227–256.

21 Schwarzbözl, T./Fatke, M.: Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD, in: PVS 57/2 (2016), 276–299; Schmitt-Beck, R./van Deth, J./Staudt, A.: Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: ZPol 27/3 (2017), 273–303.

generalisierter Weise auf die Zufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems bezieht, und diffuser Unterstützung, welche die grundsätzlichere Dimension der Legitimität der demokratischen politischen Ordnung selbst betrifft.<sup>22</sup>

Politische Meinungsbildung erfordert Informationen über das aktuelle politische Geschehen.<sup>23</sup> Die wichtigste Quelle solcher Informationen sind die *Medien*. Die folgende Analyse geht daher auch der Frage nach, ob es Zusammenhänge zwischen der Mediennutzung und den Wahlentscheidungen der Wähler gegeben hat. Hierbei ist eine Differenzierung nach Mediengattungen und innerhalb der Gattungen nach Informationsqualität notwendig.<sup>24</sup> Neben Presse und Fernsehen als klassischen Massenmedien muss dabei auch das Internet beachtet werden, das als Quelle politischer Informationen rasch an Bedeutung gewinnt.<sup>25</sup> Durch diesen Prozess wird zunehmend die zentrale „*Gatekeeper*“-Rolle der traditionellen Medienorganisationen infrage gestellt. An die Seite redaktionell verantworteter und an professionellen Kriterien journalistischer Informationsqualität orientierter Angebote treten verstärkt politisch einseitige Angebote, bei denen die Abgrenzungen zwischen herkömmlichen Kategorien politischer Information verschwimmen, so dass substanzelle, professionell validierte Nachrichten, „*Entertainment*“, politische Propaganda, und schlichte Unwahrheiten für den Nutzer kaum mehr unterscheidbar sind. Zudem eröffnet das Internet bisher nicht bekannte Möglichkeiten selektiver Informationsnutzung, bis hin zum Szenario von Wählern, die sich in „*Informations-Kokons*“ einspielen, welche nur für politisch bestätigende Botschaften durchlässig sind und dadurch zu einem „*Echokammer*“-Effekt führen. Die wachsende Bedeutung sozialer Online-Medien wie *Facebook* für die politische Informationsvermittlung befeuert diesen Prozess in besonderer Weise.<sup>26</sup> Analysen der *Facebook*-Kommunikation haben gezeigt, dass sich um die AfD als Kristallisierungskern ein solcher Kokon überwiegend selbstzentrierter Informationsflüsse gebildet hat, während die anderen Parteien deutlich stärker kommunikativ miteinander verflochten sind.<sup>27</sup>

22 Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1975), 435-457; Norris, P.: The conceptual framework of political support, in: Zmerli, S./Van der Meer, T. (Hg.): Handbook on Political Trust, Northampton, 19-32.

23 Zaller, J.: The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge, 1992.

24 Vgl. Aalberg, T./Curran, J. (Hg.): How Media Inform Democracy. A Comparative Approach, New York, 2012.

25 Hölig, S./Hasebrink, U.: Nachrichtennutzung im Wandel: Neue Plattformen, Endgeräte und Zugänge. International vergleichende Befunde auf Basis des Reuter Institute Digital News Survey 2014, in: Media Perspektiven 11 (2014), 530-538.

26 Schweiger, W.: Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern, Wiesbaden, 2017.

27 Vgl. Brunner, K./Ebtsch, S.: In der rechten Echokammer, in: Süddeutsche Zeitung vom 02.05.2016, 2.

Aufgrund der Ableitungsbeziehungen, in denen viele dieser Wirkfaktoren vermutlich untereinander stehen, wird bei den nachfolgenden Analysen schrittweise vorgegangen.

*Tabelle 3: Beschreibung der Variablen*

	Mittelwert	Standard-abweichung	Wertebereich	(N)
<i>Abhängige Variablen</i>				
Zweitstimme CDU/CSU	0,31	0,46	0 – 1	(3.848)
Zweitstimme SPD	0,24	0,42	0 – 1	(3.848)
Zweitstimme Linke	0,11	0,31	0 – 1	(3.848)
Zweitstimme Grüne	0,11	0,32	0 – 1	(3.848)
Zweitstimme FDP	0,12	0,32	0 – 1	(3.848)
Zweitstimme AfD	0,09	0,28	0 – 1	(3.848)
<i>Unabhängige Variablen</i>				
West	0,74	0,44	0 – 1	(7.650)
Alter	55,09	17,16	18 – 96	(7.571)
Mann	0,51	0,50	0 – 1	(7.650)
Abitur	0,28	0,45	0 – 1	(7.570)
Mittlere Reife	0,48	0,50	0 – 1	(7.570)
Selbständige/Landwirt	0,07	0,26	0 – 1	(7.179)
Arbeiter un-/angelernt	0,02	0,15	0 – 1	(7.179)
Facharbeiter	0,06	0,23	0 – 1	(7.179)
Angestellter einfach	0,10	0,29	0 – 1	(7.179)
Angestellter mittel	0,20	0,40	0 – 1	(7.179)
Angestellter leitend	0,07	0,26	0 – 1	(7.179)
Beamter einfacher/mittlerer Dienst	0,01	0,11	0 – 1	(7.179)
Beamter gehobener/höherer Dienst	0,02	0,14	0 – 1	(7.179)
Arbeitslos	0,02	0,15	0 – 1	(7.179)
Rentner/Pensionär	0,38	0,48	0 – 1	(7.179)
Sonstig nicht erwerbstätig	0,05	0,21	0 – 1	(7.179)
Gewerkschaftsmitglied	0,14	0,34	0 – 1	(7.562)
Katholisch	0,29	0,45	0 – 1	(7.452)
Protestantisch	0,33	0,47	0 – 1	(7.452)
Kirchgangshäufigkeit	2,13	1,13	1 – 4	(7.433)
Qualitätspresse	0,62	1,72	0 – 7	(7.356)
Regionalpresse	2,90	2,86	0 – 7	(7.329)
Boulevardpresse (BILD)	0,42	1,39	0 – 7	(7.598)
Fernsehnachrichten öff.-rechtlich	5,86	4,80	0 – 14	(7.488)
Fernsehnachrichten privat	1,16	2,46	0 – 14	(7.479)
Online-Nachrichten	1,56	2,51	0 – 7	(7.493)
Soziale Online-Medien	0,58	1,70	0 – 7	(7.468)

	Mittelwert	Standard-abweichung	Wertebereich	(N)
Links-Rechts	5,22	2,15	1 – 11	(7.243)
Autoritarismus	1,29	1,08	0 – 4	(4.244)
Identifikation mit CDU/CSU	0,29	0,46	0 – 1	(7.266)
Identifikation mit SPD	0,19	0,39	0 – 1	(7.266)
Identifikation mit der Linken	0,05	0,22	0 – 1	(7.266)
Identifikation mit Grünen	0,06	0,24	0 – 1	(7.266)
Identifikation mit FDP	0,03	0,17	0 – 1	(7.266)
Identifikation mit AfD	0,02	0,15	0 – 1	(7.266)
Jeine Parteiidentifikation	0,34	0,47	0 – 1	(7.266)
Issue-Distanz Zuwanderung CDU/CSU	2,66	2,47	0 – 10	(7.035)
Issue-Distanz Zuwanderung SPD	2,32	2,19	0 – 10	(6.948)
Issue-Distanz Zuwanderung Linke	3,22	2,58	0 – 10	(6.674)
Issue-Distanz Zuwanderung Grüne	2,89	2,56	0 – 10	(6.842)
Issue-Distanz Zuwanderung FDP	2,43	2,12	0 – 10	(6.508)
Issue-Distanz Zuwanderung AfD	4,83	2,74	0 – 10	(7.023)
Issue Umverteilung	4,11	1,11	1 – 5	(7.558)
Issue EU-Staaten unterstützen	3,24	1,08	1 – 5	(7.577)
Regierungsleistung	0,76	2,76	-5 – +5	(7.615)
Eigene Wirtschaftslage	3,69	0,83	1 – 5	(7.603)
Allg. Wirtschaftslage retrospektiv	3,35	0,88	1 – 5	(7.518)
Allg. Wirtschaftslage prospektiv	3,03	0,73	1 – 5	(7.353)
Partei kompetent: CDU/CSU	0,33	0,47	0 – 1	(7.537)
Partei kompetent: SPD	0,17	0,38	0 – 1	(7.537)
Partei kompetent: Linke	0,06	0,23	0 – 1	(7.537)
Partei kompetent: Grüne	0,04	0,19	0 – 1	(7.537)
Partei kompetent: FDP	0,03	0,17	0 – 1	(7.537)
Partei kompetent: AfD	0,05	0,23	0 – 1	(7.537)
Demokratie spez. Unterstützung	3,66	0,91	1 – 5	(7.591)
Demokratie diffuse Unterstützung	1,33	0,78	1 – 5	(4.214)
Kanzlerkandidatin Merkel (CDU/CSU)	0,56	0,50	0 – 1	(7.533)
Kanzlerkandidat Schulz (SPD)	0,29	0,45	0 – 1	(7.533)
Spitzenkandidat Wagenknecht (Linke)	-0,26	2,84	-5 – +5	(7.100)
Spitzenkandidat Özdemir (Grüne)	0,55	2,58	-5 – +5	(7.230)
Spitzenkandidat Lindner (FDP)	0,58	2,46	-5 – +5	(6.785)
Spitzenkandidatin Petry (AfD)	-2,75	2,68	-5 – +5	(7.208)

Anmerkung: Daten sind gewichtet (Design- und Bildungsgewicht).

Für jede Partei wird zunächst ein Modell geschätzt, welches die betreffenden Wahlentscheidungen alleine auf *strukturelle Prädispositionen* zurückführt. Im zweiten Schritt wird zusätzlich die *Mediennutzung* berücksichtigt. Und im letzten Schritt werden schließlich auch *politische Einstellungen* (kulturelle Prädispositionen, Parteibindungen, Einstellungen und Wahrnehmungen zu *Positionssissues*,

*Valenzissues* und Spitzenkandidaten) ergänzt.<sup>28</sup> Beschreibungen aller abhängigen und unabhängigen Variablen finden sich in Tab. 3.

## 2. Operationalisierung der Prädiktoren

*Strukturelle Prädispositionen:* Die Berufsgruppe ist ein wichtiger Indikator, um die Bedeutung des sozio-ökonomischen Cleavage für das Wählerverhalten aufzuzeigen. Sie wird mittels eines Blocks von Dummy-Variablen<sup>29</sup> in die Modellierung einbezogen, die sowohl Berufsgruppen als auch verschiedene Formen der Nichterwerbstätigkeit spezifizieren. Die Arbeiterschaft wird dabei in zwei Unterkategorien differenziert: einerseits an- und ungelernte Arbeiter, andererseits Facharbeiter. Bei den Angestellten wird nach dem Anspruchsniveau der Tätigkeit zwischen solchen mit einfachen ausführenden Tätigkeiten, solchen mit Tätigkeiten mittleren Anspruchsniveaus und solchen in leitenden Funktionen unterschieden. Analog wird zwischen Beamten im einfachen und mittleren Dienst sowie Beamten im gehobenen und höheren Dienst differenziert. Arbeitslose sowie Rentner werden gesondert betrachtet, alle anderen nicht-Erwerbstätigen werden in einer Sammelkategorie zusammengefasst. Angehörige des alten Mittelstandes (Selbständige und Landwirte) fungieren als implizite Referenzkategorie. Das formale Bildungsniveau (Dummy-Variablen für Hochschulreife bzw. Mittlere Reife; implizite Referenzkategorie: geringere Bildungsabschlüsse bzw. ohne Abschluss) ist ein weiteres Maß des sozialen Status. Eine Interessenposition auf der sozio-ökonomischen Konfliktlinie signalisiert auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (Dummy-Variable). Um die Wirksamkeit des konfessionell-religiösen Cleavage abzubilden, werden die Zugehörigkeit zur Katholischen bzw. Evangelischen Kirche (Dummy-Variablen; implizite Referenzkategorie: andere Konfessionen oder konfessionslos) sowie die Kirchgangshäufigkeit (Skala 1 = niemals, bis 4 = mindestens einmal im Monat) betrachtet. Als soziodemographische Kontrollvariablen werden die Merkmale Geschlecht (1 = männlich, 0 = weiblich), Alter (in Jahren) und Region (1 = alte Bundesländer, 0 = neue Bundesländer) berücksichtigt.

*Kulturelle Prädispositionen:* Die ideologische Identifikation wird anhand der

- 28 Um nicht bei einer querschnittlichen Analyse rein korrelativer Zusammenhänge stehenzubleiben, basieren die Prädiktoren mit wenigen Ausnahmen auf Fragen, die in der Vorwahlwelle gestellt wurden, während die abhängige Variable in der Nachwahlwelle erhoben wurde. Von einer Kontrolle nach der Wahlausicht (durch die eine bessere Absicherung von Kausalaussagen möglich wäre) wurde abgesehen, weil sich die untersuchte Fragestellung auf Wahlentscheidungen insgesamt und nicht nur auf die Entstehung oder Veränderung von Wahlentscheidungen während des Wahlkampfes bezieht.
- 29 Dummy-Variablen sind dichotom codiert; der Wert 1 zeigt das Vorhandensein eines Merkmals an, der Wert 0 seine Abwesenheit.

Selbsteinstufung der Befragungspersonen auf einer Links-Rechts-Skala gemessen (1 = Links, bis 11 = Rechts). Als Indikator für die Platzierung auf der neuen Konfliktlinie wird eine von den *American National Election Studies* übernommene Skala autoritärer Einstellungen benutzt. Sie basiert auf den Präferenzen der Befragungspersonen zu wünschenswerten Eigenschaften von Kindern (unabhängig, neugierig, eigenständig, rücksichtsvoll sein vs. ältere Menschen achten, sich gut benehmen, gehorsam sein, wohlerzogen sein).<sup>30</sup>

*Parteipolitische Prädispositionen:* Die Parteiidentifikation wird anhand des in der deutschen Wahlforschung gebräuchlichen Standardindikators gemessen: „Viele Leute neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Die Modelle enthalten zwei Dummy-Variablen. Eine steht für die Bindung an die betreffende Partei, die andere für parteipolitische Bindungslosigkeit. Implizite Referenzkategorie ist die Bindung an eine andere als die jeweils untersuchte Partei.

*Positionssissues:* Ausgelöst durch die Flüchtlingskrise des Herbstes 2015 steht die Zuwanderungsthematik seit Jahren ganz oben auf der Rangliste der als am wichtigsten empfundenen Probleme der deutschen Politik.<sup>31</sup> Das hier benutzte Instrument zur Erfassung der Bedeutung dieser Streitfrage für das Wählerverhalten basiert auf einem Abgleich zwischen den eigenen Positionen der Wähler und den von ihnen wahrgenommenen Positionen der Parteien. Der bei den Modellschätzungen benutzte Indikator ist parteienspezifisch und misst die Distanz zwischen der jeweiligen Partei und der eigenen Position der Befragten, und zwar auf einer Skala, auf welcher der Wert 1 bedeutet, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen, während der Wert 11 bedeutet, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Die für diesen Prädiktor ermittelte Parameterschätzung zeigt, wie stark sich die Nähe der wahrgenommenen Position einer Partei zur eigenen Idealposition in der Zuwanderungsfrage auf die Wahl dieser Partei ausgewirkt hat. Zusätzlich berücksichtigt die Analyse zwei weitere *Positionssissues*, für die keine wahrgenommenen Parteipositionen zur Verfügung stehen. Hier zeigt die Analyse, ob und in welcher Weise die eigenen Haltungen der Befragten zu diesen Streitfragen in ihre Wahlentscheidungen eingeflossen sind (wobei unterstellt wird, dass bei diesen Entscheidungen auch die wahrgenommene Nähe

30 Pérez, E./Hetherington, M.: Authoritarianism in Black and White: Testing the Cross-Racial Validity of the Child Rearing Scale, in: Political Analysis 22/3 (2017), 398–412.

31 Vgl. z.B. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer September II-2017, Mannheim, 2017.

der Parteien beachtet wurde). Ein *Issue* bezieht sich auf die sozio-ökonomische Streitfrage redistributiver Politik. Die Befragten sollten sich (auf einer Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu, bis 5 = stimme voll und ganz zu) positionieren zu der Aussage: „Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern.“ Das andere *Issue* betrifft eine europapolitische Streitfrage. Die im selben Format präsentierte Aussage lautet: „Deutschland sollte EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“

*Valenzissues:* Um die Bedeutung von *Valenzissues* für das Wählerverhalten zu ermitteln, berücksichtigen die Modelle mehrere Standardinstrumente, darunter die Zufriedenheit mit den Leistungen der bisherigen Bundesregierung (Bewertung auf einer Skala von -5 bis +5), die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage (eigene aktuelle Lage sowie bisherige und erwartete künftige Entwicklung der allgemeinen Lage, jeweils beurteilt auf 5er-Skalen von sehr negativ bis sehr positiv) und die Einschätzung, welche Partei am kompetentesten sei zur Lösung des wichtigsten politischen Problems (1 = Kompetenzzuschreibung Partei, auf die sich Modell jeweils bezieht, 0 = andere oder keine Partei). Wie oben begründet, wird den folgenden Analysen ein erweitertes Verständnis von Valenzpolitik zugrunde gelegt, das auch die Unterstützung des demokratischen politischen Systems einschließt. Als Maß spezifischer politischer Unterstützung wird im Folgenden eine Frage zur Demokratiezufriedenheit verwendet: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ (Antwortskala von 1 = sehr unzufrieden, bis 5 = sehr zufrieden) Um die diffuse Unterstützung der Demokratie zu messen, wird die Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage ermittelt (wiederum auf Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu, bis 5 = stimme voll und ganz zu): „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“

*Spitzenpolitiker:* Um die Bedeutung des politischen Personals für das Wählerverhalten zu untersuchen, wird für die beiden großen Parteien die Kanzlerpräferenz benutzt. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, ob sie lieber *Angela Merkel*, die Spitzenkandidatin der CDU/CSU und amtierende Bundeskanzlerin, oder *Martin Schulz*, ihren Herausforderer von der SPD, als künftige/n Regierungschef/in sehen würden (Dummy-Variablen mit spontanen Nennungen, dass keiner dieser Kandidaten gewünscht sei, als impliziter Referenzkategorie). Für die Kleinparteien werden Skalometermessungen (-5 bis +5) der Kandidatensympathie benutzt. Aufgrund limitierter Befragungszeit konnte für diejenigen Parteien, die mit Teams an der Spitze in den Wahlkampf zogen,

jeweils nur ein führender Politiker berücksichtigt werden. Die Auswahl erfolgte nach dem Kriterium vermuteter größerer Bekanntheit in der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beziehen sich die Analysen auf *Sahra Wagenknecht* (Linke), *Cem Özdemir* (Grüne), *Christian Lindner* (FDP) und *Frauke Petry* (AfD).

*Mediennutzung:* In Tagen in der vergangenen Woche wurde die Nutzungshäufigkeit folgender Medienangebote gemessen: Überregionale Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt, Frankfurter Rundschau, die tageszeitung; hohe Informationsqualität), Regional- und Lokalzeitungen (mittlere Informationsqualität), Boulevardzeitungen (konkret: BILD; unterhaltungsorientierte Politikberichterstattung, daher geringere Informationsqualität), Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF (hohe Informationsqualität) bzw. der Privatsender RTL und SAT.1 (unterhaltungsorientierte Politikberichterstattung, daher geringere Informationsqualität), Nachrichtenangebote im Internet sowie „Beiträge über die Parteien oder die Bundestagswahl“ in sozialen Netzwerken wie z.B. *Facebook* oder *Twitter*.

### 3. Die Wahl von CDU/CSU und SPD

CDU/CSU und SPD stellten als Große Koalition gemeinsam die bis zur Bundestagswahl 2017 (und danach geschäftsführend) amtierende Bundesregierung. Gleichzeitig bilden diese beiden Parteien – als große Parteien der linken und rechten Mitte – aber auch die Gravitationskerne des Parteienwettbewerbs in Deutschland. Große Koalitionen sind deswegen keine Koalitionen wie andere auch. Zu ihrem Wesen gehört es, dass sie in der Regel nicht angestrebt, sondern aus der Not geboren werden, wenn keine andere Mehrheitsbildung möglich ist.<sup>32</sup> Es handelt sich um Kooperationen von Parteien, von denen jede eigentlich lieber an der Spitze einer kleinen Koalition stehen würde, wie es ja auch bis zur Bundestagswahl 2005, als erstmals seit 1966 wieder eine Große Koalition ins Amt kam, der Regelfall gewesen ist. Ungeachtet ihrer vorangegangenen Zusammenarbeit standen Union und SPD deswegen bei der Bundestagswahl 2017 im Wettstreit um die politische Führung im Land. Wahlentscheidungen für oder gegen diese beiden Parteien verdienen deswegen gesonderte Aufmerksamkeit.

Bei den in den Tab. 4 und 5 ausgewiesenen Effektkoeffizienten handelt es sich um durchschnittliche marginale Effekte, die anschaulich interpretierbar sind. Sie

<sup>32</sup> Müller, W.: Warum Große Koalitionen? Antworten aus koalitionstheoretischer Sicht, in: ZSE 6/3 (2008), 499-523.

stellen die Veränderung der Wahrscheinlichkeit der Wahl der jeweils analysierten Partei (relativ zur Wahl einer der anderen Parteien) dar, die sich ergibt, wenn der zugehörige Prädiktor von seinem Minimal- zu seinem Maximalwert ansteigt (wobei die anderen Prädiktoren des Modells an ihrem empirischen Mittelwert fixiert sind).<sup>33</sup> Ein Beispiel: Ausweislich des in *Tab. 4* wiedergegebenen soziodemographischen Modells der Wahl der CDU/CSU fiel die Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen, bei Wählern, die in Westdeutschland lebten, bei der Bundestagswahl um vier Prozentpunkte geringer aus als bei Wählern aus den neuen Bundesländern (unabhängig von den Effekten aller anderen in diesem Modell enthaltenen Prädiktoren).

Die in *Tab. 4* dokumentierten soziodemographischen Modelle belegen, dass die traditionellen Cleavages der deutschen Politik nach wie vor eine Strukturierungswirkung für das Wählerverhalten entfalten. So wurde die SPD eher von Personen mit geringem Bildungsabschluss gewählt. Unabhängig davon erhielt sie auch die Stimmen abhängig beschäftigter Personen eher als die Stimmen von Selbständigen und Landwirten. Allerdings tendierten Arbeiter nicht stärker zur SPD als Angestellte und Beamte. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ging hingegen mit stärkerer Unterstützung der SPD und geringerer Neigung zur Union einher. Gleichzeitig zeigten Katholiken, in geringerem Maße aber auch Protestanten sowie zudem generell die häufigen Kirchgänger eine deutlich erhöhte Neigung zur CDU/CSU, während Katholiken und Kirchgänger gleichzeitig etwas seltener für die Sozialdemokraten votierten. Insgesamt deuten die Daten darauf hin, dass vor allem das religiös-konfessionelle Cleavage bei der Bundestagswahl 2017 wirksam gewesen ist. Die Befunde für das sozioökonomische Cleavage weisen in dieselbe Richtung, sind aber weniger eindeutig. Wie bereits festgestellt, fand die Union unabhängig davon zudem auch bei ostdeutschen Wählern etwas mehr Anklang als bei westdeutschen Wählern. Spiegelbildlich verhielt es sich bei der SPD. Zudem zeigt sich für beide Parteien ein nahezu identischer Effekt des Lebensalters; Christ- wie auch Sozialdemokraten wurden von älteren Wählern deutlich eher gewählt als von jüngeren Wählern.

33 Vgl. *Bartus, T.*: Estimation of marginal effects using margeff, in: Stata Journal 5/3 (2005), 310-311.

*Tabelle 4:* Hintergründe der Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2017: CDU/CSU und SPD (durchschnittliche marginale Effekte)

	CDU/CSU + Medien	+ Einstlgn.	Struktur	SPD + Medien	+ Einstlgn.
West	-0,04*	-0,05**	-0,02	0,05**	0,06***
Alter	0,14*	0,04	0,04	0,12*	0,06
Mann	0,01	0,01	-0,01	0,01	0,01
Abitur	-0,01	0,01	-0,03	-0,09***	-0,09***
Mittlere Reife	0,03	0,04	-0,01	-0,05*	-0,05*
Arbeiter un-/angelernt	0,14+	0,13	0,12+	0,10	0,12
Facharbeiter	-0,01	0,01	0,05	0,10+	0,12+
Angestellter einfach	0,04	0,05	0,03	0,10*	0,08+
Angestellter mittel	0,01	0,02	0,02	0,09*	0,09*
Angestellter leitend	0,08*	0,09*	0,03	0,08*	0,07+
Beamter einfacher/mittlerer Dienst	0,02	0,01	0,03	0,07	0,07
Beamter gehobener/höherer Dienst	0,07	0,06	0,01	0,11*	0,11*
Arbeitslos	-0,07	-0,05	0,10+	0,09	0,08
Rentner/Pensionär	0,04	0,03	0,03	0,09**	0,08*
Sonstig nicht erwerbstätig	0,13**	0,14**	0,10**	0,05	0,05
Gewerkschaftsmitglied	-0,14***	-0,14***	-0,02	0,12***	0,12***
Katholisch	0,16***	0,16***	0,04*	-0,04+	-0,04*
Protestantisch	0,07***	0,07**	0,02	0,05**	0,05**
Kirchgängshäufigkeit	0,16***	0,16***	0,02	-0,04*	0,03+
Qualitätspresse		-0,01	-0,02	0,00	-0,01
Regionalpresse		0,04+	-0,01	0,04*	0,01
Boulevardpresse (BILD)		0,05	-0,04	-0,04	-0,01
Fernsehnachrichten öff.-rechtlich		0,10***	0,02	0,02	0,02
Fernsehnachrichten privat		0,07	0,01	0,01	0,07+
Online-Nachrichten		-0,03	-0,02	-0,03	0,00
Soziale Online-Medien		-0,08*	0,02	-0,02	-0,08**
Links-Rechts			-0,01		0,01
Autoritarismus			-0,01		0,03
Identifikation mit Partei			0,36***		0,42***
Keine Parteidentifikation			0,13***		0,10***
Issue-Distanz Zuwanderung			-0,13***		-0,10**
Issue Umverteilung			-0,02		0,03
Issue EU-Staaten unterstützen			-0,03		0,02
Regierungsleistung			0,21***		0,09**
Eigene Wirtschaftslage			0,10**		0,01
Allg. Wirtschaftslage retrospektiv			0,01		0,05
Allg. Wirtschaftslage prospektiv			0,07+		0,04
Partei kompetent			0,06***		0,11***
Demokratie spez. Unterstützung			0,07*		0,01
Demokratie diffuse Unterstützung			-0,04		-0,03
Kanzlerkandidatin Merkel			0,18***		-0,11***
Kanzlerkandidat Schulz			-0,03		0,03
N	3.598	3.326	2.898	3.598	3.326
Adj. McFadden R <sup>2</sup>	0,06	0,06	0,47	0,03	0,39

Anmerkung: Daten sind ungewichtet. + p<0,1, \* p<0,05, \*\* p<0,01, \*\*\* p<0,001.

Wahlentscheidungen für oder gegen eine der beiden großen Parteien lassen auch Zusammenhänge mit der Nutzung bestimmter Medien erkennen. Sowohl zur Union als auch zur SPD neigten regelmäßige Leser einer Regionalzeitung etwas eher als Personen, die diese Medien nicht nutzten. Wer sich häufig über soziale Medien wie *Facebook* informierte, gehörte hingegen eher nicht zu den Wählern dieser Parteien. Personen, die oft die Nachrichten von ARD und ZDF verfolgten, tendierten verstärkt zur Union. Zum Teil reflektieren diese Zusammenhänge den

Umstand, dass beide Parteien eher von älteren Bürgern gewählt wurden.

Kulturelle Prädispositionen hatten auf die Wahl der beiden zentristischen Großparteien keine erkennbaren Effekte, wohl aber die Parteibindungen. Die Neigung parteigebundener Wähler, ihre eigene Partei an der Urne zu unterstützen, war sowohl bei Sozialdemokraten wie Christdemokraten sehr groß. Aber auch von ungebundenen Wählern erhielten beide Stimmen in beachtlicher Zahl. Orientierungen zur Streitfrage der Zuwanderung waren ebenfalls bedeutsam; Union wie SPD wurden eher von Personen gewählt, die sich ihnen bezüglich dieses *Positionssissues* nahe fühlten. Die anderen beiden *Positionssissues* – Umverteilung und Hilfe für verschuldete EU-Länder – hatten hingegen keinen Einfluss auf Wahlentscheidungen für die großen Parteien. Bedeutsam waren jedoch *Valenzissues*. Insbesondere die wahrgenommene Performanz der Bundesregierung hatte einen starken Effekt auf das Wählerverhalten – allerdings in asymmetrischer Weise. Zufriedenheit mit der Leistungsbilanz der Regierung brachte vor allem der Union Stimmen, weit weniger jedoch dem kleineren Koalitionspartner SPD. Alleine die Union profitierte überdies auch von der Zufriedenheit von Wählern, die ihre eigene Wirtschaftslage positiv einschätzten, ebenso wie von der Erwartung, dass sich die Wirtschaftslage noch weiter verbessern würde. Für frühere Bundestagswahlen wurde jüngst nachgewiesen, dass die Leistungen von Koalitionsregierungen typischerweise der Kanzlerpartei attribuiert werden<sup>34</sup>; daher kann dieses Ergebnis nicht überraschen. Zugeschriebene Kompetenz zur Lösung aktueller Probleme war hingegen für beide Parteien günstig. Eine höhere Wahrscheinlichkeit, die Union zu wählen, zeigten zudem auch Wähler, welche mit der deutschen Demokratie zufrieden waren.

Unabhängig von all diesen Zusammenhängen belegt Tab. 4 darüber hinaus auch eine erhebliche Bedeutung personalisierter Wahlentscheidungen. Allerdings tritt hier und sogar in besonders gravierender Weise erneut eine Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD zutage. Den Daten in Tab. 5 zufolge profitierte die CDU/CSU erheblich von ihrer Spitzenkandidatin, die SPD hingegen überhaupt nicht. Wie auch schon bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 erhöhte Angela Merkel die Stimmenbilanz der Union beträchtlich. Im Unterschied zu den vorherigen Bundestagswahlen, als die damaligen SPD-Spitzenkandidaten ihrer Partei ebenfalls Stimmen gebracht hatten, wenngleich bei Weitem nicht im gleichen

<sup>34</sup> Debus, M./Stegmaier, M./Tosun, J.: Economic Voting under Coalition Governments: Evidence from Germany, in: Political Science Research and Methods 2/1 (2014), 49–67.

Umfang wie der Union<sup>35</sup>, gab es 2017 jedoch keinen vergleichbaren Effekt für *Martin Schulz*. Wer ihn im Amt des Regierungschefs sehen wollte, votierte nicht mit höherer Wahrscheinlichkeit für seine Partei als diejenigen, die meinten, weder *Merkel* noch *Schulz* sollte Kanzler werden. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass *Schulz* lediglich in den Reihen parteigebundener Sozialdemokraten Zustimmung genoss, aber darüber hinaus keine Wähler anzog.

#### 4. Die Wahl der Kleinparteien

Da die Effektkoeffizienten konditionale Wahlwahrscheinlichkeiten ausdrücken, fallen sie bei den Kleinparteien zwangsläufig geringer als aus bei Union und SPD (*Tab. 5*). Gleichwohl gibt es klare Muster. So wurden Linke und AfD im Osten öfter gewählt, die Grünen und die FDP hingegen im Westen. Zur Unterstützung der AfD neigten jüngere Wähler eher als ältere, während sich bei den anderen Parteien kein Altersprofil abzeichnet. Sehr klare Zusammenhänge treten beim Geschlecht zutage; hier erscheinen Grüne und AfD als Antipoden. Männer tendierten deutlich eher zur AfD, Frauen hingegen mit gleicher Deutlichkeit zu den Grünen. Auch formal Hochgebildete votierten deutlich eher für die Grünen und gerade nicht für die AfD. Die FDP wurde gleichermaßen stark von hoch und mittel Gebildeten unterstützt, lediglich gering Gebildete blieben ihr eher fern. Die AfD wird in der öffentlichen Diskussion oft als Partei benachteiligter Berufsgruppen gedeutet. Die Forschung hat das jedoch nicht bestätigt<sup>36</sup>, und auch in *Tab. 5* zeigt sich ein solcher Zusammenhang nur eingeschränkt: Sie wurde bei der Bundestagswahl 2017 häufiger von Angehörigen des alten Mittelstandes der Selbständigen und Landwirte, aber auch von Arbeitern gewählt, während ihr alle anderen Berufsgruppen mit geringerer Wahrscheinlichkeit zuneigten. Gewerkschaftsmitglieder tendierten nicht nur verstärkt zur SPD, sondern auch zur Linken. Gleichzeitig wurde die FDP von diesen Personen besonders selten gewählt. Areligiöse Wähler neigten eher zur Linken, aber auch zur AfD.

35 Vgl. Rattinger, H./Roßteutscher, S./Schmitt-Beck, R u. a., a.a.O., 205-221; Schmitt-Beck, R./Rattinger, H./Roßteutscher, S. u. a., a.a.O., 267-279.

36 Vgl. Lengfeld, H.: Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69/2 (2017), 209-232; Schmitt-Beck, R./van Deth, J./Staudt, A., a.a.O.

Tabelle 5: Hintergründe der Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2017: Kleinparteien (durchschnittliche marginale Effekte)

	AID											
	Linke					FDP						
	Struktur	+Medien	+Einstellungen	Struktur	Grüne	+Medien	Einstellungen	Struktur	FDP	+Einstellungen	Struktur	
West	-0.06***	-0.05***	-0.02*	0.05***	0.05***	0.01	0.03**	0.03*	0.03*	-0.02*	-0.03*	-0.00
Alter	-0.02	-0.04	0.03	-0.06***	-0.06***	0.00	0.04	-0.01	0.01	-0.10**	-0.06*	-0.06*
Geschlecht männlich	-0.02*	-0.01	-0.01	-0.06***	-0.06***	-0.01	0.00	0.00	-0.02	0.06***	0.02*	0.02*
Abitur	0.01	-0.00	-0.02	0.10***	0.07**	0.00	0.07***	0.07***	0.05**	-0.06***	-0.04**	-0.00
Mittler Reife	-0.03*	-0.03*	-0.03*	0.02	0.01	-0.00	0.08*	0.07***	0.04*	-0.01	0.01	0.01
Arbeiter un-/angelernt	-0.04	-0.03	0.04	-0.06	-0.04	0.06	-0.10***	-0.05	-0.05	-0.01	0.01	-0.01
Facharbeiter	0.01	0.02	-0.00	-0.06	-0.01	-0.01	-0.03	-0.03	0.03	-0.04***	-0.03*	-0.01
Angestellter einfach	0.00	0.01	0.04	-0.01	-0.01	0.01	-0.03	-0.02	-0.01	0.03	-0.04***	-0.02*
Angestellter mittel	-0.02	-0.02	0.00	0.01	0.01	0.00	0.03	-0.02	-0.01	0.04	-0.04***	-0.02
Angestellter leitend	-0.03	-0.03	0.01	0.01	0.00	0.00	0.03	-0.02	-0.01	0.00	-0.04***	-0.03*
Beamter einfacher/mittlerer Dienst	0.01	0.01	0.04	-0.03	-0.03	-0.00	-0.03	-0.02	0.00	-0.05*	-0.05*	-0.03*
Beamter gehobener/höherer Dienst	-0.05*	-0.05*	-0.02	0.03	0.03	0.06*	-0.06**	-0.05*	-0.00	-0.04*	-0.03*	-0.01
Arbeitslos	0.03	0.06	-0.01	0.09**	-0.08*	-0.07*	-0.01	0.02	0.11	-0.02	0.01	-0.02
Rentner/Pensionär	-0.03	0.01	0.01	-0.05**	-0.05**	-0.01	-0.02	-0.01	0.02	-0.03*	-0.02	-0.00
Sonstig nicht erwerbsätig	-0.04	-0.03	-0.01	-0.03	-0.04	-0.03	-0.04	-0.03	0.00	-0.04*	-0.04*	-0.00
Gewerkschaftsmitglied	0.09***	0.11***	0.03*	0.00	-0.01	-0.01	-0.07***	-0.07***	-0.03*	0.00	0.00	0.02*
Katholisch	-0.07***	-0.07***	-0.02*	-0.03	-0.03	0.01	0.00	0.00	-0.03*	-0.02	-0.01	-0.00
Kirchgangshäufigkeit	-0.07***	-0.07***	-0.02*	-0.03**	0.00	0.00	-0.02	-0.00	-0.01	-0.02*	-0.02*	-0.01
Qualitätspresse	-0.09***	-0.10***	-0.02	-0.00	0.01	0.01	-0.00	-0.01	-0.01	-0.03*	-0.03*	-0.00
Regionalpresse	0.01	0.01	-0.02	-0.01	-0.01	0.00	0.02	0.01	0.02	-0.00	0.00	0.00
Boulevardpresse (BILLD)	-0.03*	-0.02*	-0.07*	0.01	-0.05	0.02	0.03*	0.02	0.04*	-0.02	-0.02	-0.01
Fernsehnachrichten öff.-rechtlich	-0.07*	-0.07*	0.01	-0.02	-0.04*	-0.01	-0.02	-0.02	-0.03*	-0.05**	-0.05**	0.00
Fernsehnachrichten privat	-0.13**	-0.07*	-0.02	0.02	-0.04**	-0.18**	0.02	0.04	-0.05**	0.13**	-0.01	-0.01
Online-Nachrichten	-0.01	-0.02	-0.07	-0.03	-0.03*	0.01	0.00	-0.01	0.03*	-0.13**	-0.01	-0.01
Soziale Online-Medien	0.02	0.14***	-0.02	-0.01	-0.08*	-0.10***	-0.09*	0.09*	0.09*	-0.07***	-0.07***	0.01
Links-Rechts	0.04	0.04	0.02	-0.01	-0.08*	-0.10***	0.03	0.03	0.03	0.04**	0.04**	0.00
Autoritarismus	0.02	0.02	0.05***	0.05***	0.08***	0.08***	-0.11**	-0.21***	-0.21***	0.30***	0.13*	0.03***
Identifikation mit Partei	0.05***	0.05***	0.05***	0.05***	0.05***	0.05***	-0.05*	-0.05*	-0.05*	-0.01	-0.01	-0.01
Keine Parteidistanz	0.05*	0.05*	0.05*	0.05*	0.05*	0.05*	0.01	0.01	0.01	-0.03***	-0.03***	-0.03***
Issue-Distanz Zuwanderung	0.03	0.03	0.03	0.03	0.03	0.03	0.01	0.01	0.01	-0.01	-0.01	-0.01
Issue Umverteilung	0.03*	0.03*	0.03*	0.03*	0.03*	0.03*	0.01	0.01	0.01	-0.03*	-0.03*	-0.03*
Issue EU-Staaten unterstützen	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.11***	0.17***	0.17***	0.09***
Regierung leistung	0.03	0.02	0.02	0.02	0.02	0.02	0.01	0.01	0.01	-0.05*	-0.05*	-0.06***
Eigene Wirtschaftslage	0.03	0.02	0.01	0.01	0.01	0.01	-0.02	-0.02	-0.02	-0.07*	-0.07*	0.01
Allg. Wirtschaftslage retrospektiv	0.01	0.01	-0.01	-0.01	-0.01	-0.01	0.01	0.01	0.01	-0.01	-0.01	0.01
Partei kompetent	0.02	0.02	-0.03	-0.03	-0.07*	-0.07*	0.02	0.02	0.02	-0.04*	-0.04*	-0.04*
Demokratie spez. Unterstützung	0.01	0.01	-0.06	-0.06	0.01	0.01	0.03	0.03	0.03	-0.03*	-0.03*	-0.03*
Demokratie diffizile Unterstützung	0.01	0.01	-0.06	-0.06	0.01	0.01	0.01	0.01	0.01	-0.02*	-0.02*	-0.02*
Spitzenkandidat	0.15***	0.15***	0.19***	0.19***	0.33***	0.33***	0.3598	0.3226	0.2576	0.3598	0.3226	0.08***
N	3.598	3.326	2.732	3.598	3.326	2.822	3.598	3.326	2.576	3.598	3.326	2.852
Adj. McFadden R <sup>2</sup>	0.08	0.09	0.41	0.05	0.06	0.33	0.01	0.01	0.28	0.06	0.09	0.57

Anmerkung: Daten sind ungewichtet. + p<0.1, \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\* p<0.001.

Das Informationsverhalten war mit der Wahl der verschiedenen Kleinparteien prägnanter verknüpft als mit der Wahl von Union und SPD. Leser einer Regionalzeitung votierten überdurchschnittlich häufig für die FDP, unterstützten aber sowohl die Linke, als auch die Grünen und die AfD nur unterdurchschnittlich. Auch häufige Lektüre der BILD-Zeitung begünstigte die Wahl der FDP. Eine noch deutlichere parteipolitische Konnotation hatte der Umgang mit Fernsehnachrichten: Wer häufig die Nachrichten öffentlich-rechtlicher Sender verfolgte, votierte seltener für die Grünen, aber auch die AfD. Die insgesamt stärksten Zusammenhänge ergeben sich für die „Infotainment“-orientierten Nachrichtensendungen der kommerziellen Fernsehanbieter. Häufige Nutzung solcher Informationsangebote ging mit verringriger Neigung insbesondere zu den Grünen, aber auch zur Linken einher, jedoch mit einer deutlich erhöhten Tendenz zur AfD. Für die AfD-Wahl war zudem auch die Nutzung von Online-Angeboten bedeutsam. Zu dieser Partei neigte nicht nur eher, wer Nachrichten oft von Online-Anbietern bezog, sondern insbesondere auch, wer stark auf soziale Medien setzte, um sich zu informieren. Dies könnte ein Hinweis auf „Echokammer“-Effekte sein, die Sympathien für die AfD auf Basis selektiver Informationssuche intensivieren und stabilisieren.<sup>37</sup> Dazu passt, dass die AfD-Wahl mit eher geringer Nutzung der im rechts-populistischen Milieu oft als „Lügenpresse“ diffamierten Angebote der Regionalpresse und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks<sup>38</sup> einherging.

Kulturelle Prädispositionen waren für die Wahl der großen Parteien nicht von Belang, wohl aber für die Unterstützung der Kleinparteien. Wer sich auf der linken Seite des ideologischen Spektrums lokalisierte, stimmte eher für die Linke oder die Grünen, wer sich rechts der Mitte einordnete, wählte eher die FDP oder die AfD. Der Autoritarismus hing hingegen nur – und zwar negativ – mit der Wahl der Grünen zusammen. Von an sie gebundenen Wählern profitierten die Kleinparteien in ähnlicher Weise wie CDU/CSU und FDP, mit Ausnahme der AfD. Diese Partei ist noch zu jung, Parteibindungen konnten sich in der kurzen Zeit ihrer Existenz noch kaum ausbilden.

Das *Positionssissue* Zuwanderung spielte für die Wahl sämtlicher Kleinparteien eine ebenso bedeutsame Rolle wie für Entscheidungen bezüglich der großen Parteien. Einstellungen zum Streitthema der staatlichen Umverteilung beeinflus-

<sup>37</sup> Vgl. Knobloch-Westerwick, S./Mothes, C./Johnson, B. u. a.: Political online information searching in Germany and the United States. Confirmation bias, source credibility, and attitude impacts, in: Journal of Communication 65/3 (2015), 489–511.

<sup>38</sup> Vgl. Haschke, J.: Von der Lügenpresse und den Volksverrättern, in: Jandura, O./Wendelin, M./Adolf, M. u. a. (Hg.): Zwischen Integration und Diversifikation: Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im digitalen Zeitalter, Wiesbaden, 2017, 207–228.

ten die Wahl der beiden Antipoden auf der sozioökonomischen Konfliktlinie<sup>39</sup>, der Linken und der FDP. Eine umverteilungsfreundliche Haltung innerhalb der EU brachte der Linken ebenfalls einige Stimmen. Die Ablehnung einer solchen Politik begünstigte hingegen die AfD. Allerdings ist dieser Effekt, der 2014 noch sehr wichtig für die Unterstützung der AfD gewesen war<sup>40</sup>, inzwischen gegenüber dem Zuwanderungs-*Issue* stark in der Bedeutung zurückgetreten. Dass *Positionssissues*, und darunter vor allem das Zuwanderungs-*Issue*, erhebliche Bedeutung für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2017 hatten, ist durchaus bemerkenswert, denn für solche *Issues* sind oft allenfalls geringe Effekte feststellbar.<sup>41</sup> Die Zuwanderungsthematik war offenbar für die Wähler so stark präsent, dass sie ihre Entscheidungen in erheblichem Maße beeinflusst hat.

Während die beiden früheren Regierungsparteien von Wählern profitierten, die mit ihren Leistungen zufrieden waren, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß, nahmen unzufriedene Wähler eher den Weg zu einer der Kleinparteien, allerdings mit Ausnahme der Grünen. Allgemeiner wirtschaftlicher Pessimismus brachte der AfD Stimmen. Wer seine persönliche Wirtschaftslage ungünstig einschätzte, entschied sich hingegen häufiger für die FDP. Das ist durchaus überraschend und verdient weitere Beachtung, denn frühere Studien hatten eine besondere Neigung zu den Liberalen stets eher bei den ökonomisch Wohlsituierter festgestellt.<sup>42</sup> Möglicherweise haben Absturz und Neugeburt der FDP in der vergangenen Legislaturperiode zu Veränderungen in der Unterstützerstruktur dieser Partei geführt. Kompetenzzuschreibungen – sofern sie vorkamen, was selten der Fall war (*Tab. 3*) – führten jeder der Kleinparteien Wähler zu. Die Demokratiezufriedenheit hatte gegensätzliche Effekte auf die Unterstützung der Grünen und der AfD. Höhere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ging nicht nur, wie schon gezeigt, mit einer verstärkten Neigung zur CDU/CSU einher, sondern begünstigte bemerkenswerter Weise auch die Wahl der Grünen. Das ist ebenfalls überraschend, denn als Partei der Postmaterialisten

39 Jun, U.: Parteien und Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2016, 36.

40 Schmitt-Beck, R., a.a.O.

41 Schmitt, H.: Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.): Wählen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, Opladen, 1998, 145-172; Roller, E.: Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.), a.a.O., 173-219.

42 Vgl. Rattinger, H./Roßteutscher, S./Schmitt-Beck, R. u. a., a.a.O., 191-204; Schmitt-Beck, R./Rattinger, H./Roßteutscher, S. u. a., a.a.O., 225-238; Kellermann, C./Rattinger, H.: Wahrnehmung der Wirtschaftslage und Wahlverhalten, in: Rattinger, H./Gabriel, O./Falter, J. (Hg.): Der gesamtdeutsche Wähler, Baden-Baden, 2007, 329-356.

sollten die Grünen eher eine Domäne „unzufriedener Demokraten“ sein, welche die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie beklagen.<sup>43</sup> Fehlende spezifische Unterstützung für die Demokratie erhöhte hingegen die Neigung, die AfD zu unterstützen. Zudem ist für die AfD auch ein – wenngleich schwacher – Zusammenhang mit der diffusen Unterstützung der Demokratie zu beobachten. Für die AfD votierten mit erhöhter Wahrscheinlichkeit nicht nur Personen, die mit den Leistungen der Demokratie unzufrieden waren, sondern auch solche, welche die Demokratie nicht unter allen Umständen erhaltenswert fanden.<sup>44</sup>

Personeneffekte auf das Wählerverhalten werden in der Literatur vor allem mit Blick auf die Spitzenkandidaten der großen Parteien diskutiert. Dahinter steht die Vermutung, dass Wahrnehmungen und Bewertungen führender Politiker nur dann eine Rolle spielen, wenn es darum geht, wer nach der Wahl das Amt des Regierungschefs übernehmen wird. Frühere Studien zur elektoralen Rolle der Spitzenkandidaten kleiner Parteien scheinen dieser Sichtweise Recht zu geben. Doch jüngere Befunde deuten darauf hin, dass es inzwischen zu einer Personalisierung der Wahlentscheidungen für Kleinparteien gekommen ist.<sup>45</sup> Die Bundestagswahl 2017 bestätigt diese Diagnose. Für jede der vier Kleinparteien sind Personeneffekte substanziellen Umfangs feststellbar. Selbst die AfD-Vorsitzende *Frauke Petry*, die von ihrer Partei faktisch im Wahlkampf marginalisiert wurde<sup>46</sup> und diese nach erfolgreichem Mandatsgewinn sofort verließ, brachte der Partei einige Stimmen (wenngleich nicht viele, weil *Petry* in der Wählerschaft weitaus unbeliebter war als jeder andere Spitzenpolitiker; vgl. Tab. 3). Der mit Abstand stärkste Kandidateneffekt zeigt sich für *Christian Lindner* von der FDP. Das ist vermutlich eine Folge des extrem auf die Person des Spitzenkandidaten konzentrierten Wahlkampfes dieser Partei.

## VI. Fazit

Der vorliegende Beitrag versuchte eine Momentaufnahme des deutschen Wählerverhaltens in einer Zeit hoher Wechselhaftigkeit abzubilden. Die daraus resultierende Fragmentierung des Parteiensystems hat bei der Bundestagswahl insso-

43 Klingemann, H. D.: Dissatisfied Democrats. Democratic Maturation in Old and New Democracies, in: Dalton, R./Welzel, C. (Hg.): The Civic Culture Transformed, Cambridge, 2014. 116-157.

44 Siehe auch Schmitt-Beck, R./van Deth, J./Staudt, A., a.a.O.

45 Pappi, F. U./Shikano, S.: Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980, in: PVS 42 (2001), 355-387; Rattinger, H./Roßteutscher, S./Schmitt-Beck, R. u. a., a.a.O., 205-221; Schmitt-Beck, R./Rattinger, H./Roßteutscher, S. u. a., a.a.O., 267-279.

46 Dies war noch nicht absehbar, als im GLES-Projekt die Entscheidung getroffen wurde, für die AfD diese Politikerin in die GLES-Umfrage einzubeziehen.

weit zu einem Wendepunkt der deutschen Wahlgeschichte geführt, als die Fähigkeit des Bundestages, seine Regierungsbildungsfunktion zu erfüllen, in Frage gestellt scheint. Die Analysen haben ergeben, dass sich hinter der seit 2009 stark gewachsenen elektoralen Brutto-Volatilität eine noch weitaus umfangreichere Netto-Volatilität verbirgt. Mindestens ein Drittel der Parteidwähler hat 2017 anders gestimmt als 2013. Während die Union ihren Wählerstamm schon relativ früh weitgehend konsolidiert hatte, fielen die Entscheidungen zugunsten anderer Parteien erst mehr oder weniger spät im Wahlkampf und mutmaßlich unter seinem Eindruck. In extremem Ausmaß galt dies für die Wahl der FDP.

Zusammen genommen signalisieren die Analysen eine zunehmend komplexe Strukturierung des Parteidewettbewerbs auf der Ebene des Wählerverhaltens. Ideologisch stehen sich ein linkes und ein rechtes Lager gegenüber, innerhalb derer Parteidwechsel wahrscheinlicher sind als zwischen den Lagern. Diese Logik der Intrablock-Volatilität scheint allerdings partiell durchbrochen zu werden durch zentristische Orientierungen, die zu Wechsels zwischen CDU/CSU und SPD führten, durch populistische Orientierungen, die bei der Bundestagswahl Wechsel von der Linken zur AfD motivierten, und durch Erwägungen zur Koalitionstauglichkeit von Parteien.

Bezüglich der Hauptachse des Parteidewettbewerbs, auf der die großen Mitte-rechts- bzw. Mitte-links-Parteien CDU/CSU und SPD um die Führungsposition in der Bundesregierung konkurrierten, ist für die Bundestagswahl 2017 eine Situation extremer Asymmetrie zu konstatieren. Dazu gehört der Umstand, dass der Sockel sozialdemokratisch gebundener Wähler in den vergangenen Jahren stark geschrumpft ist. Aber auch bezüglich des Belohnungsmechanismus des retrospektiven Performanzwählens galt: Vorteil für die Union, denn dieser Entscheidungsmodus führte – wie das regelmäßig der Fall ist – vor allem zu Stimmen für die Kanzlerpartei. Wurde die SPD als kompetent zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Probleme wahrgenommen, brachte ihr das zwar nicht weniger Nutzen als entsprechende Einschätzungen der Fähigkeiten der CDU/CSU; allerdings wurde ihr diese Kompetenz von den Wählern sehr viel seltener attestiert. Und schließlich profitierte ausschließlich die Union von personalisierten Wahlentscheidungen. Den SPD-Spitzenkandidaten *Martin Schulz*, der nach seiner Nominierung Anfang des Wahljahres kurzzeitig in der Bevölkerung enorme Popularität genossen hatte<sup>47</sup>, wollten vor der Bundestagswahl sehr viel weniger Wähler

<sup>47</sup> Vgl. [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de) unter dem Abschnitt Umfragen; Politbarometer; Langzeitentwicklung – Themen im Überblick; Politik.

im Kanzleramt sehen als die Amtsinhaberin *Angela Merkel*; überdies fanden Präferenzen für *Schulz* auch keinen erkennbaren Niederschlag in Wahlentscheidungen zugunsten seiner Partei. In vielerlei Hinsicht fand die Wahl also unter Bedingungen statt, die für die Union im Wettbewerb mit der SPD denkbar vorteilhaft waren. Insbesondere mit Bezug auf die Parteibindungen tragen diese sogar Züge strukturell verfestigter Begünstigung bzw. Benachteiligung.

An den Hintergründen der Wahlentscheidungen für die Kleinparteien lässt sich eine zweidimensionale Grundstruktur politischen Konflikts ablesen, welche jeweils zwei Ausprägungen linker und rechter Politik voneinander differenziert. FDP und Linke sind Antipoden auf der sozioökonomischen Konfliktlinie, welche rechte marktliberale und linke staatsinterventionistische Visionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegeneinander stellt. Auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie war lange nur der linke, postmaterialistisch-libertär-kosmopolitische Pol besetzt; ihn vertreten die Grünen. Durch den Einzug der AfD in den Bundestag ist nun auch die gesellschaftspolitisch rechte, materialistisch-autoritär-globalisierungsfeindliche Gegenposition in der parlamentarischen Auseinandersetzung auf der Bundesebene angekommen. Im Wählerverhalten spiegelt sich dies auf vielerlei, teilweise durchaus überraschende Weise. Das betrifft kulturelle Prädispositionen wie die Links-Rechts-Selbstidentifikation und den Autoritarismus, aber auch Einstellungen zur Streitfrage der Zuwanderung, sowie – bemerkenswerter Weise – die Demokratiezufriedenheit. Die Befunde deuten darauf hin, dass die AfD von Unzufriedenheit mit der Performanz der Demokratie (und möglicherweise sogar mangelnder Legitimität der Demokratie als Ideal politischer Ordnung) profitierte, während die Grünen eher von Personen gewählt wurden, die mit der Realität der Demokratie zufrieden waren. Darüber hinaus erstrecken sich die Kontraste zwischen Grün- und AfD-Wählern bis zum Geschlecht, dem formalen Bildungsniveau und der Mediennutzung. Neben einem überraschend starken Zusammenhang mit dem Konsum von Nachrichtensendungen privater Fernsehsender finden sich bezüglich der Unterstützung der AfD Anhaltspunkte für „Echokammer“-Effekte, welche dazu angetan sein könnten, Sympathien für diese Partei auf Basis selektiver Informationssuche im Internet bei gleichzeitiger Meidung traditioneller Nachrichtenmedien zu intensivieren und zu stabilisieren.